

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 77 (1983)
Heft: 6

Rubrik: Aus befreundeten Vereinigungen : Aufruf an die Christen der Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Euer Friedenspapier wird als «Zweites Manifest» bezeichnet. Wie verhält sich dieser Text zum ersten Manifest?

Das erste Manifest wurde 1979 zum Basler Reformationsjubiläum ausgearbeitet. Es befasste sich generell mit dem Verhältnis des christlichen Glaubens zum Sozialismus. Das zweite Manifest handelt nur über den Sonderaspekt «Kirche und Friedensfrage», ist also weniger umfassend.

Wer ist der Adressat des Manifests?

Nach einem Friedensgottesdienst anfangs 1982 richteten wir eine Petition an evangelische und katholische Kirchenleitungen der Region Basel. Darin sprachen wir die Bitte aus, die Kirchen möchten die Friedensfrage ernsthaft diskutieren. Es ging uns darum, dass diesmal die Kirchen nicht wie bei der Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert den Moment eines notwendigen Bekenntnisses verpassten.

Positiv reagiert hat nur die Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt und — gegen den Widerstand konservativer Kreise — für den 21. Juni 1983 eine Diskussionstagung zum Thema beschlossen.

Das Manifest legitimiert sowohl die Option für die (rein defensive) Armee als auch die Option der Armeegegner. Wo stehen nun eigentlich die Sozialistischen Kirchenossen?

Es gibt unter uns beide Meinungen; dass wir beide Optionen offenlassen, beruht auf der Situation, in die hinein wir unser Wort sagen wollen. Wir halten es für unfruchtbar, dass immer die militärische Landesverteidigung vorgeschützt wird, wenn man bei uns zulande einen konkreten Friedensbeitrag erwartet. Auch Befürworter der militärischen Landesverteidigung können mit Armeegegnern zusammen konkret etwas für den Frieden tun. Das Manifest sucht eine gemeinsame Basis.

Besteht nicht die Gefahr, dass Ihr in der Armee-Frage einen voreiligen und erst noch schlechten Kompromiss eingegangen seid, nicht unähnlich der amtskirchlichen Toleranzformel vom «Frieden schaffen mit und ohne Waffen» in der BRD? Wollt ihr den religiösen Sozialismus in der Schweiz auf diese Formel verpflichten?

Wir möchten, dass sich die Kirchen auch für den «Frieden schaffen ohne Waffen» stark machen und dieses Element viel stärker betonen, als das bisher bei ihnen der Fall war. Wir richten uns an die Kirchen und behalten uns vor, für uns persönlich und als Gruppe auch noch weiter zu gehen.

Aus befreundeten Vereinigungen

Aufruf an die Christen der Schweiz

Im Augenblick durchlebt das Volk von El Salvador eine der schwersten Epochen seiner langen Leidensgeschichte. In diesem Land veranstaltet das Militär einen furchterlichen Holocaust gegen das eigene Volk und versucht, dessen Widerstand durch Massaker in Blut zu ersticken. Täglich werden Dutzende von Menschen grausam gefoltert und umgebracht. Armee, Nationalgarde, Polizei und polizeiähnliche Terrorkommandos und die sogenannten «Todesschwadronen» schrecken zur Aufrechterhaltung der sozialen Unge-

rechtigkeit und dessen, was sie «Ordnung» nennen, vor keiner Gewalt zurück.

Dies alles geschieht in einem Land, das sich christlich nennt, gegen eine Kirche, die eindeutig Partei ergreift für die Armen und Geknechteten, für die soziale Gerechtigkeit und Freiheit. Erzbischof Romero von San Salvador schrieb wenige Wochen vor seiner Ermordung: «Weil sie die Armen verteidigt, ist die Kirche in Konflikt mit den Mächtigen der wirtschaftlichen Oligarchie und den politischen und militärischen Führern des Staates geraten.»

Weil die Kirche Solidarität mit den Armen und Unterdrückten übt, werden zahlreiche

Priester, Ordensleute und Laien diffamiert, verfolgt und getötet.

Wir glauben nicht an Gewalt. Unser Glaube bezeugt, dass Gewalt, Unterdrückung und Hass keinen Platz haben im Horizont des Reiches Gottes. Unser Gott ist ein Gott des Lebens, nicht des Todes.

Deshalb können wir nicht länger schweigen, wenn wir die massive Verachtung des Rechts auf Leben, des fundamentalsten aller Rechte, sehen und den Schrei des salvadorianischen Volkes nach der Gerechtigkeit und Menschenwürde hören. Wir können nicht länger schweigen über die Grausamkeiten und die Unterdrückung, die an unseren Schwestern und Brüdern in El Salvador verübt werden.

Wir können nicht länger schweigen über die entsetzlichen Leiden, das amerikanische Waffen dem salvadorianischen Volk zufügen.

Jesus Christus hat sich über seinen Tod am Kreuz hinaus für das Leben aller Menschen eingesetzt. In der Treue zu ihm stellen wir uns auf die Seite des salvadorianischen Volkes, das sich für seine elementarsten Menschenrechte wehrt.

Wir rufen alle Christen in der Schweiz zur aktiven Solidarität mit dem schwer bedrängten Volk von El Salvador und seiner mitleidenden Kirche auf:

- Wir wollen die unterdrückte Stimme des salvadorianischen Volkes bei uns öffentlich zu Gehör bringen.
- Wir wollen unser Möglichstes tun, die Massenmorde und den Terror an einer wehrlosen Bevölkerung zu verhindern.
- Wir wollen nicht länger verschweigen, wer für die Massaker und den Völkermord in Zentralamerika verantwortlich ist.
- Wir fordern den Bundesrat auf, sich bei der salvadorianischen Junta und der US-Regierung für die Rechte des Volkes von El Salvador einzusetzen und die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe an die Junta öffentlich zu verurteilen.
- Wir wollen uns einsetzen für eine solidarische und gerechte Politik der Schweiz gegenüber den Unterdrückten und Verfolgten.

Wir wollen die volksnahe Arbeit der christlichen Basisgemeinden in El Salvador tatkräftig unterstützen.

In einer Spendekampagne unter den Christen in der Schweiz sollen zwei konkrete Projekte der nationalen Koordinationsgruppe der Ba-

sisgemeinden El Salvadors (CONIP) unterstützt werden.

Im ersten Projekt geht es darum, die Evangelisierungsarbeit in El Salvador durch die Bildung neuer und die Animation bestehender Basisgemeinden zu fördern. Im Rahmen ihres Bildungsprogrammes organisiert die CONIP dreitägige Kurse mit jeweils 40 Teilnehmern. Pro Jahr sind 30 Kurse geplant. Ein Kurs kostet ca. 500 Dollar.

Beim zweiten Projekt handelt es sich um ein Ernährungsprogramm in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Flüchtlingsgebieten. Unter der Verantwortung der CONIP sollen Bohnen und Reis auf genossenschaftlicher Basis angebaut werden. Das ganze Projekt kostet 37'500 Dollar.

Spenden Sie zugunsten der christlichen Basisgemeinden in El Salvador auf folgendes Konto:

Luzern 60 - 24513 (Vermerk «El Salvador»)
Theologische Bewegung, Postfach 145,
6000 Luzern 7

Dieser Aufruf wird von folgenden Personen unterstützt:

Maria Ackermann, Leiterin der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ), Zürich; José Amrein, Basisgemeinde Biel; Ma José Aróstegui Leiterin der Juventud Obrera Christiana Emigrante (JOCE), Zürich; Dr. Stefan Bamberger, Provinzial der Schweizer Jesuiten, Zürich; Klauspeter Blaser, Theologieprofessor, Lausanne; Alberto Bondolfi, Theologe/Sozialethiker, Zürich; Ursula Brunner, Schweizerischer Versöhnungsbund, Frauenfeld; Dr. Marga Bührig, Zürich; Pius Hafner, Bern/Fribourg; Prof. Dr. Hans Halter, Moralthologe, Chur; Viktor Hofstetter, Dominikaner Zürich; Hans Walter Hüppenbauer, Zentralsekretär der Kooperation evangelischer Kirchen und Missionen (KEM), Basel; Markus Isenegger, Missionarische Information und Bildung (MIB), Luzern; Claire Jöhl/Valentina Cortesi, Gemeinschaft der Laienmissionarinnen (GLM), Luzern; Josef Kaiser, Generalvikar, Immensee; Ludwig Kaufmann, Redaktor bei der «Orientierung», Zürich; Blandina Keel-Krüsi, Christliche Basisgruppe Luzern/Kriens; Dr. Brigit Keller, Zürich; Reginald Kessler, Spiritual, Ilanz; Oswald König, Brennpunkt Welt, Luzern; Rosmarie Kurzhohl, Redaktorin beim Christlichen Friedens-

dienst (CFD), Habstetten; Walter Ludin, Kapuziner/Journalist, Luzern; Kurt Marti, Pfarrer, Schriftsteller, Bern; Samuel Maurer, Präsident des Christlichen Friedensdienstes (CFD), Biel; Alois Müller, Theologieprofessor, Luzern; Arthur Rich, Universitätsprofessor/Sozialethiker, Zürich; Hugo Röthlisberger, Basel; Gertrud Schaller, Äbtissin, Fribourg; Dr. Hans Rudolf Schär, Theologe/

Präsident der Erklärung von Bern (Deutsche Schweiz), Bern; Dr. Hans Schöpfer, Theologe, Fribourg; Monika Schwerzmann, Kursleiterin bei Interteam, Luzern; Ernst Sieber, Pfarrer, Zürich; Gustav Truffer, Zentralpräsident der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), Zürich; Dietrich Wiederkehr, Theologieprofessor, Luzern.

Hinweis auf ein Buch

Marie-Claire Caloz-Tschopp: *Flüchtlingspolitik am Ende?* Von den politischen Flüchtlingen zu den «neuen» Flüchtlingen, Gegenverlag, Zürich 1982. 235 Seiten, Preis Fr. 19.—.

Das schweizerische Asylgesetz anerkennt kein subjektives Recht auf Asyl — muss nicht, wer den Weg aus der Gefahr in die Flucht unter die Füße nimmt, schon seine guten Gründe haben? —, sondern die Schweiz nimmt sich das Recht zu sagen, welchen Menschen in Gefahr sie das Asyl gewährt und welchen sie es verweigert.

Die Autorin zeigt im ersten Teil des Buches in einem geschichtlichen Abriss, wie sich der Begriff des politischen Flüchtlings aus der Situation der «radikalen» Schweiz im 19. Jahrhundert entwickelt hat und gegen die Jahrhundertwende unter dem Druck der konservativen europäischen Grossmächte wieder eingeschränkt wurde. Die Asylpraxis wurde auch in der Folge immer wieder der politischen Grosswetterlage angepasst und schliesslich im Asylgesetz von 1979, das alle bisherigen Erlasse zusammenfasst, legalisiert.

Der Begriff des politischen Flüchtlings ist im wesentlichen dem europäischen Denken entsprungen und wurde während des Kalten Krieges bis heute der Lage der Flüchtlinge der osteuropäischen Länder gerecht, lässt aber die Menschen aus der Dritten Welt, die auf die Verschärfung der Lage in den Ländern der südlichen Hemisphäre mit Flucht reagieren, ausser acht. Diese «neuen» Flüchtlinge, die dem wirtschaftlichen Elend und der politischen Unterdrückung in manchen dieser Länder entfliehen wollen, werden nicht mehr unbedingt als einzelne Individuen verfolgt, sondern fühlen sich bedroht als Mitglied einer politischen Gruppierung oder eines unterdrückten Volksteiles.

Eine zweite Frage ist nun, ob alle Gesuche, die den Kriterien unseres Asylgesetzes mehr oder weniger genügen, gleich behandelt werden. Haben Innen- und Aussenpolitik der Schweiz auf die jeweilige Auslegung des Gesetzes nicht Auswirkungen? Innenpolitisch seien hier etwa der Einfluss der Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, aussenpolitisch die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen genannt.

Auch diesen wichtigen Fragen geht die Autorin nach. Darüber hinaus behandelt sie eingehend den Status der Flüchtlinge in der Schweiz.

Was können wir tun? Besonders im Wissen um die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Schweiz mit den politisch und wirtschaftlich massgebenden Kreisen in den Ursprungsländern der Flüchtlinge? Die Autorin hält keine Antworten oder Rezepte bereit, aber der Wert des Buches liegt darin, dass die wichtigsten Fragen aufgeworfen werden.

Adolf Muschg — der das Vorwort zur deutschen Ausgabe geschrieben hat — findet, dass uns unsere Solidarität mehr ermöglichen sollte, viel mehr als heute.

Kurt Dreher

Corrigendum

Im Beitrag von Andreas Schmutz, Wo Politik und Spiritualität eine Einheit bilden, Heft 5/1983, S. 138, wurde das Zitat Luk. 17,33 verstümmelt und dadurch sinnverkehrt wiedergegeben. Es muss richtig heissen: «*Wer sein Leben zu erhalten sucht, der wird es verlieren, und wer es verliert, der wird es gewinnen.*»